

Hessisches Verfassungsschutzgesetz

Schwarz-grüner Vorstoß mit Folgen für die Demokratie

Der Entwurf der schwarz-grünen Landesregierung zur Reform des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes und des dazugehörigen Kontrollgesetzes erregt demokratisch gesinnte Gemüter. Mit dem Gesetzentwurf will man, so Innenminister Beuth, dem "Landesamt für Verfassungsschutz angesichts der Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus weitgehende Befugnisse einräumen und zugleich die Kontrollfunktion des Parlaments stärken".

Im Zuge dessen sollen "Staatstrojaner" zum Anzapfen von Telekommunikation sowie verdeckte Online-durchsuchungen von PCs und Smartphones möglich werden. Der Einsatz von V-Leuten soll erleichtert werden, aber der parlamentarischen Kontrolle entzogen sein. Bürgerrechtsorganisationen warnen vor schweren Eingriffen in die Grundrechte mit gravierenden Folgen für die Demokratie.

Wir fragen:

- Ist der Entwurf überhaupt geeignet, Bedrohungen abzuwehren und zugleich die Grundrechte der BürgerInnen zu wahren?
- Welche Werkzeuge werden dem Verfassungsschutz zugebilligt und welche parlamentarischen Kontrollrechte sind installiert?
- Werden die richtigen Schlüsse aus der dubiosen Rolle des Verfassungsschutzes beim NSU-Skandal gezogen?

Podiumsgespräch mit

Adrian Gabriel, Fraktion DIE LINKE im hess. Landtag
Vertreter/in der SPD Landtagsfraktion (angefragt)
Markus Drenger, Chaos Computer Club Darmstadt

Wo? Justus Liebig Haus, Foyer
Große Bachgasse 2, Darmstadt
Wann? Dienstag, 20. Februar 2018, 19:30 Uhr

Smart City Darmstadt – Wir passen auf!

Für ein nachhaltiges und bürgerfreundliches digitales Darmstadt

Darmstadt hat 2017 den Bitkom-Wettbewerb gewonnen und ist jetzt „Digitalstadt“. Viele Datensammelsysteme sollen das städtische Leben vereinfachen. Versprochen werden u.a. bessere Verwaltungsdienste, Verkehrsflüsse und Parkmöglichkeiten. Doch bergen große Datensammlungen auch die Gefahr "gläserner" Bürgerinnen und Bürger. Daten können autoritär-staatlich missbraucht werden. OB Jochen Partsch warnt: "Wir müssen aufpassen" (DE 29.1.2018).

Aufpassen müssen wir aber auch, dass die Daten nicht privatwirtschaftlich missbraucht werden. Und wir müssen aufpassen, dass der Digitalisierungsprozess nicht der demokratischen Kontrolle entgleitet.

Auch in Jena, das sich ebenfalls um den Titel "Digitalstadt" beworben hat, wird aufgepasst. Dort wurden in "**Sieben Thesen für ein nachhaltiges und bürgerfreundliches digitales Jena**" Regeln für die Digitalisierung erarbeitet.

Wir konfrontieren die Darmstädter Entwicklungen mit den Anregungen aus Jena:

- Welche Entscheidungen sind in Darmstadt schon getroffen?
- Welche Konsequenzen müssen bedacht werden?
- Wo kann und wo muss nachgesteuert werden?
- Wie können BürgerInnen an den Entscheidungsprozessen partizipieren?

Verhindern wir, dass die Demokratie in Darmstadt weiter ausgehöhlt wird!

Auf dem Podium diskutieren:

Achim Friedland, Offenes Jena und OK-Lab Jena
José David da Torre Suárez, Digitalstadt Darmstadt GmbH
Martina Hübscher-Paul, Stadtverordnete DIE LINKE
Markus Drenger, LAG Medien/Netzpol. Die Grünen Hessen

In Zusammenarbeit mit **Attac Darmstadt**

Wo? Hessisches Staatsarchiv, Vortragssaal
Karolinenplatz 3, Darmstadt
Wann? Donnerstag, 15. März 2018, 19:30 Uhr

Digitales Klassenzimmer

Fortschritt in welche Richtung?

Digitalisierung macht vor Schulen nicht halt. Laut Empfehlung der Kultusministerkonferenz sollen bald alle Lehrkräfte mit digitalen Unterrichtsmedien arbeiten. Die Verheißung lautet: Individuelleres Lernen und Steigerung der Lernmotivation. Interaktive Whiteboards sollen die Tafel ablösen. Statt auf Arbeitsblätter sollen Kinder auf algorithmengesteuerte Endgeräte schauen.

IT-Firmen spendieren schon jetzt kräftig Geräte mit eingebauter Unterrichtssoftware, Microsoft bietet Apps für personalisiertes Lernen an, Google wirbt mit kostenlosen Bildungspaketen und Trainingswochen für Lehrkräfte. Mittels digitaler Systeme zur Schülerbeobachtung sollen gar individuelle Entwicklungsprognosen für Schülerinnen und Schüler möglich sein.

- Was aber heißt das für den Datenschutz?
- Und was bedeutet es für Pädagogik und Bildung?
- Wie verändert sich das Lern- und Kommunikationsverhalten der Schülerinnen und Schüler?
- Und: Ist die Digitalisierung nicht ein weiteres Einfalltor für die Einflussnahme von Wirtschaftslobbyisten auf den schulischen Unterricht?

Vortrags- und Diskussionsabend mit **René Scheppler**, GEW Hessen

Wo? Hessisches Staatsarchiv, Vortragssaal
Karolinenplatz 3, Darmstadt
Wann? Mittwoch, 18. April 2018, 19:30 Uhr

Veranstaltungsreihe 2018

20. Februar 2018 19:30 Uhr

Hessisches Verfassungsschutzgesetz

Schwarz-grüner Vorstoß mit Folgen für die Demokratie

Podium mit Parteienvertretern

Justus-Liebig-Haus, Foyer, Große Bachgasse 2

15. März 2018 19:30 Uhr

Smart City Darmstadt – Wir passen auf!

Für ein nachhaltiges und bürgerfreundliches digitales Darmstadt

Podium mit Vertreterinnen der Stadt, aus der Kommunalpolitik und einem Gast aus Jena

Hessisches Staatsarchiv, Vortragssaal, Karolinenplatz 3

18. April 2018 19:30 Uhr

Digitales Klassenzimmer

Fortschritt in welche Richtung?

René Schepler (GEW Hessen)

Hessisches Staatsarchiv, Vortragssaal, Karolinenplatz 3

Was wir wollen...

Das regionale Bündnis 'Demokratie statt Überwachung' setzt sich mit **rechtlichen, politischen, sozialen und technischen Aspekten** der Überwachung auseinander, formuliert **politische Forderungen** und will die Öffentlichkeit und politisch Verantwortliche durch **Protestaktionen** aufrütteln.



Eine besondere Rolle spielt der zwischen Darmstadt und Griesheim gelegene **Dagger Complex**, der größte Überwachungs- und Auswertungszentrum des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA in Europa. Mehrmals haben wir vor dem Dagger Complex Kundgebungen organisiert.

Die folgenden **Forderungen** sind die Basis für unsere Arbeit:

- Gesetzlicher Schutz vor geheimdienstlicher Überwachung und privatwirtschaftlicher Datensammlung
- Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten und Erarbeitung internationaler Datenschutzregeln
- Verbot von Vorratsdatenspeicherung und Informationsrecht der Betroffenen über Datensammlungen
- Ächtung von Drohnenangriffen und anderweitiger datengestützter Verfolgung im rechtsfreien Raum
- Überarbeitung des G10-Gesetzes und des NATO-Truppenstatuts nach rechtsstaatlichen Prinzipien
- Schutz für Edward Snowden und andere Whistleblower

www.demokratie-statt-ueberwachung.de

"Das geplante Verfassungsschutzgesetz für Hessen ist die freiheitsfeindlichste Regelung zur Arbeit eines Geheimdienstes in Deutschland. Sorgen bereitet Bürgerrechtsorganisationen, Datenschützern ... sowie vielen Menschen die damit drohende Gefahr für Meinungsfreiheit, informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz, Rechtsstaat und Demokratie".

(Aus der gemeinsamen Erklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte und weiteren 14 Organisationen vom 22.12.2017)

*„Obacht vorm gläsernen Bürger“ -
Überschrift im Darmstädter Echo zum
Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters.
(DE 29. 01. 2018)*

*"Mit der Digitalisierung von Bildung ziehen zunehmend wirtschaftliche Interessen in die Schulen ein. 16 der 20 umsatzstärksten deutschen Unternehmen sind an der Produktion von Unterrichtsmaterialien beteiligt."
(GEW 14.08.2017)*

